

ideenexpo.de
NOCH 9 TAGE!
Jetzt anmelden:
15./16. Juli 2021
Die digitale IdeenExpo

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND#RND

www.haz.de



Kommt die SPD auf die Beine, Herr Scholz?

Olaf Scholz im HAZ-Interview über Wahlkampf und Fehler in der Pandemie **Seite 8**

THEMEN DES TAGES

HANNOVER Passant findet erstochenen Obdachlosen in der Eilenriede

Ein 59-jähriger Obdachloser ist vermutlich in der Nacht zu Dienstag in der Eilenriede erstochen worden. Ein Passant war am frühen Morgen auf den Mann aufmerksam geworden, ein Notarzt konnte aber nur noch den Tod des Wohnungslosen feststellen. **Seite 17**

Imme-Zentrum: Strafanzeige gegen Investor Windhorst

Die Bankenaufsicht Bafin hat Strafanzeige gegen Lars Windhorst gestellt, den Großbesitzer in Hannovers Imme-Zentrum. Geld aus Luxemburg ist eingefroren, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Windhorst weist die Vorwürfe zurück. Was wird aus den Sanierungen in Linden? **Seite 19**

EM 2021 Halbfinal-Sieg gegen Spanien: Italien zieht ins EM-Finale ein

Italiens Fußball-Nationalmannschaft steht zum vierten Mal in einem EM-Endspiel. Die Squadra Azzurra setzte sich im Halbfinale mit 5:3 nach Elfmeterschießen gegen Spanien durch und spielt am Sonntag gegen England oder Dänemark. **Seite 16**

WIRTSCHAFT Commerzbank schließt neun Filialen in der Region

Die Commerzbank trennt sich bis 2022 von neun Standorten in Hannover und Umland, davon vier in der Stadt – nur sieben Filialen bleiben bestehen. Stattdessen soll das Digitalgeschäft ausgebaut werden. **Seite 9**

SPORT 96 plant in der neuen Saison mit 25 000 Zuschauern

Hannover 96 plant für die kommende Zweitligasaison mit bis zu 25 000 Fans im Stadion. Entsprechende Anträge hat der Verein beim Gesundheitsamt eingereicht. Das erste Heimspiel findet am 31. Juli gegen Rostock statt. **Seite 12**

WETTER



Börse	10	Wetter	29
Täglich (fast) alles	24	Medien	29
Leserforum	6	Fernsehprogramm	30
Familienanzeigen	28	Rätsel	31

Hannoversche Allgemeine HAZ
HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanz. Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*

www.haz.de @haz.de
@HannoverscheAllgemeine @HAZ
3 0 0 2 7
4 190347 302205



Runter vom Gas?

Die Stadt Hannover will Tempo 30 auf mehreren Hauptverkehrsstraßen einführen. Zunächst muss der Bund noch ein Gesetz ändern – aber Hannovers Pläne sind schon weit. **Seite 17**

Luftfilter, Nachhilfe, Psychologen: Land plant Krisenhilfe für Schüler

222-Millionen-Euro-Programm soll Folgen der Corona-Lockdowns für Kinder und Jugendliche abmildern / Künftig tägliche Testpflicht an Schulen / Opposition: Maßnahmen unzureichend

Von Saskia Döhner

Hannover. Zusätzliche pädagogische Mitarbeiter und Psychologen, Ausbau digitaler Lernangebote, Einbau von Fensterventilatoren in Klassenzimmer für Erst- bis Sechstklässler: Mit diesen und weiteren Maßnahmen will das Land Niedersachsen Kindern und Jugendlichen über die Folgen der Corona-Krise hinweghelfen. Dafür steckt das Land das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ noch einmal um weitere 100 Millionen Euro auf, sodass bis Ende 2022 insgesamt 222 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Dabei sollen einige Projekte auch ganz konkret dazu beitragen, Corona-Infektionen bei Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Die Altersgruppe der unter Zwölfjährigen werde auf lange Sicht kein Impfangebot erhalten, sagte Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) bei der Vorstellung des Programms. Um sie vor der stark ansteckenden Delta-Variante zu schützen und den Präsenzunterricht auch nach den Sommerferien sicherzustellen, seien neben

Maske, Lüften und Hygieneregeln weitere Maßnahmen nötig. Das Land hält 20 Millionen Euro bereit, um etwa Fensterventilatoren zu finanzieren – vorrangig in Grundschulen. Dabei will das Land 80 Prozent der Kosten tragen, den Rest müssen die Schulträger übernehmen. Bislang hatte Tonne argumentiert, dass gründliches Lüften über Fenster ausreiche. „Was vor einem Jahr oder einem halben Jahr gegolten hat, muss jetzt nicht mehr richtig sein“, sagte der Minister jetzt. Julia Willie Hamburg (Grüne) kri-

20 Millionen Euro stellt das Land für Lüftungsanlagen in Schulen bereit.

Dritte Kita-Fachkraft kommt ab 2027

Der niedersächsische Landtag hat mit der Mehrheit der Regierungsparteien von SPD und CDU die Reform des Kita-Gesetzes beschlossen. Es ist die erste umfassende Überarbeitung des Gesetzes seit knapp 30 Jahren.

Die Reform schreibt unter anderem die stufenweise Einführung von mehr Personal in den Kindertagesstätten vor. Ab August 2023 sollen zunächst mindestens 2000 zusätzliche Auszubildende mit je 15 Stunden in die Gruppen für

Drei- bis Sechsjährige kommen. Von 2027 an sollen Kita-Gruppen mit 19 oder mehr belegten Plätzen dann eine sogenannte „dritte Kraft“ mit 20 Wochenstunden bekommen, wenn die Kinder dort ganztags betreut werden.

Bildungsverbände und Gewerkschaften halten die Personalaufstockung für zu zögerlich und fordern mehr Tempo bei der Verbesserung der Betreuung in den Kitas. Volker Bajus (Grüne) sprach von einer „Mogelpackung“.

men. **Die Arbeitsgemeinschaft der Elternräte in Niedersachsen** fordert dagegen, zu überprüfen, ob die bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen tatsächlich zum Pandemieschutz beitragen. Gegebenenfalls müsste man sie streichen, weil sie Schüler unnötig belasteten. Für außerschulische Angebote sieht das Programm „Startklar in die Zukunft“ 25 Millionen Euro vor, laut Sozialministerin Behrens die größte Summe, die je in die Kinder- und Jugendhilfe geflossen ist. Größtenteils soll das Geld in Kinderschwimmkursen, die Schaffung von öffentlichen Treffpunkten für Jugendliche und Freizeitcamps investiert werden. Die Grünen monieren, dass der Fokus des Kinderhilfsprogramms mehr auf dem Aufholen versäumten Schulstoffs als in der Kompensation verpasster Freizeit liege. Auch die FDP findet das Programm unzureichend: Viele Probleme wie etwa der Mangel an Schulpsychologen hätten schon vor Corona bestanden, sagte Björn Försterling.

Millionenhilfe für die Kinder **Seite 20**

Maas fordert Ende der Corona-Auflagen

Voraussetzung ist Impfangebot für alle / „Dann gibt es keine Rechtfertigung mehr“

Von Michael Fischer

Berlin. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat sich für eine Aufhebung aller Corona-Einschränkungen ausgesprochen, sobald alle Menschen in Deutschland ein Impfangebot bekommen haben. „Damit ist im Laufe des August zu rechnen“, sagte Maas. „Wenn alle Menschen in Deutschland ein Impfangebot haben, gibt es rechtlich und politisch keine Rechtfertigung mehr für irgendeine Einschränkung.“ Für den Vorstoß bekam Maas viel Zustimmung aus der Union und der FDP. Der frühere Justizminister Maas hatte bereits im Januar kurz nach dem Start der Impfkampagne für eine Aufhebung von Beschränkungen für Geimpfte ge-

worben. Dafür musste er damals noch viel Kritik einstecken, weil nicht klar war, ob Geimpfte das Virus weiterverbreiten können. Mittlerweile ist klar, dass die Impfung das Risiko einer Virusübertragung zwar stark vermindert, es aber trotzdem zu Ansteckungen kommen kann. Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, hatte die Diskussion über Lockerungen am Montag wieder in Gang gebracht. „Spätestens im September wird für jeden Impfwilligen ein Impfangebot verfügbar sein, dann müssen eigentlich nahezu alle Corona-Maßnahmen weg“, sagte er der „Bild“-Zeitung. „Jeder kann dann immer noch individuell entscheiden, ob er oder sie weiter Maske tragen



Applaus aus Union und FDP: Heiko Maas. FOTO: MICHAEL SOHN/AP

will – Pflicht sollte es dann aber nicht mehr sein.“ CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak zeigt sich offen dafür. Wenn genügend Impfstoff zur Verfügung stehe, müsse man auch wieder „zu einer neuen Normalität zurückkehren“, sagte er. Ungeimpfte könnten dann zu-

nehmend weniger erwarten, dass die Gesellschaft an Maßnahmen festhalte, um auch diejenigen zu schützen, „die sich nicht haben impfen lassen“. Auch der Vizechef der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Theurer, forderte: „Die Bundesregierung muss den Menschen verbindlich sagen, wann und wie sie ihre Freiheitsrechte zurückbekommen. Das ist der beste Turbo gegen Impfmüdigkeit!“ Gegen eine generelle Befreiung von den Auflagen sprach sich in der „Welt“ die Grünen-Gesundheitspolitikerin Kordula Schulz-Asche aus. Die Einschränkungen müssten sich an der aktuellen Situation orientieren, und in diesem Zusammenhang sei die Delta-Variante „besorgniserregend“.

Missbrauch: Hannoveraner muss in Haft

Münster. Der Prozess um schweren sexuellen Missbrauch von Kindern in einer Gartenlaube in Münster ist mit hohen Haftstrafen und anschließender Sicherungsverwahrung für vier Angeklagte zu Ende gegangen. Ein 36 Jahre alter Mann aus Hannover wurde für vier Fälle verurteilt und muss für zehn Jahre ins Gefängnis. Der Drahtzieher, ein 28-jähriger IT-Techniker aus Münster, wurde wegen 29 Taten zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein 43-Jähriger aus Schorffheide in Brandenburg muss für elf Jahre und sechs Monate, ein 31-Jähriger aus dem hessischen Staufenberg für zwölf Jahre hinter Gitter. „Sie dürfen nie mehr raus“ **Seite 32**

Millionenhilfe für die Kinder der Krise

Geld für Schwimmkurse, mehr Personal an Schulen, digitale Lernangebote: Mit einer Finanzspritze will das Land Kinder und Jugendliche für die entbehrensreiche Corona-Zeit entschädigen

Von Saskia Döhner

Um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Folgen aus der Corona-Krise besser zu unterstützen, will Niedersachsen ein 122 Millionen-Euro-Programm des Bundes noch einmal um 100 Millionen Euro aufstocken. Somit stehen bis Ende 2022 insgesamt 222 Millionen Euro für Maßnahmen an Schulen und Kitas sowie für die Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung. Konkret sind 189 Millionen Euro aus dem Kinder- und Jugendprogramm für Schulen, 33 Millionen für den Freizeitbereich und 70 Millionen Euro für Kitas vorgesehen, die vom Bund direkt an die Kita-Träger fließen. Kultusminister Grant Hendrik Tonne und Sozialministerin Daniela Behrens (beide SPD) haben am Dienstag erläutert, welche Projekte konkret gefördert werden.

► 70 Millionen Euro für ein Sonderbudget für jede Schule

Die Schulen erhalten ein Sonderbudget in Höhe von insgesamt 70 Millionen Euro, das sich aus einem Sockelbetrag und einem Kopfbetrag je Schüler zusammensetzt und das sie nach eigenem Bedarf für Projekte und Unterstützungspersonal ausgeben können – das entspricht etwa 25 000 Euro pro Schule. Jede Schule, von der Grundschule bis zur Berufsschule, öffentlich wie privat, soll nach der Aussage Tonnes profitieren, denn jede hätte unter der Krise gelitten. Mit dem Geld sollen die Schulen auf sie zugeschnittene Projekte finanzieren können. Das könne ein Projekt zu Bewegung oder Ernährung sein, ein Mathematik-Crashkurs für einen bestimmten Jahrgang oder für das Zusammenwachsen einer Klasse, die nach den Monaten des einsamen Lernens zu Hause nicht mehr als Gemeinschaft zusammenfinde. Die Schulen könnten zudem auch Unterstützungskräfte einstellen, entweder Studierende, pensionierte Lehrkräfte oder Leselernhelfer.

► 25 Millionen Euro für pädagogische Mitarbeiter

Das Land gibt 25 Millionen Euro für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Somit kann an jeder der 3000 Schulen in Niedersachsen eine Kraft eingestellt oder ein bereits bestehender 450-Euro-Vertrag verlängert werden. Die Kräfte können für die Pausenaufsicht oder zur Betreuung von Kleingruppen eingesetzt werden. Sie sollen auch Lehrkräften helfen, die mit Kindern Lernlücken aus der Corona-Zeit aufarbeiten. Schon im vergangenen Herbst hatte das Land 45 Millionen Euro für pädagogische Mitarbeiter bereitgestellt. Diese befristeten Verträge laufen bis Ende Juli. Mit dem neuen Programm können sie verlängert werden.



Auf ins Wasser: Niedersachsen gibt 5 Millionen Euro, damit Kinder nach der Corona-Krise schnell schwimmen lernen können. Insgesamt stehen für das Hilfspaket von Bund und Land 222 Millionen Euro bereit.

FOTO: ROLF VENNENBERND/DPA



Mehr pädagogische Mitarbeiterinnen an Schulen.

► 10 Millionen Euro für Schulsozialarbeiter

Mit 10 Millionen Euro will das Land weitere 175 Schulsozialarbeiter einstellen. Ihnen kämen aber auch neue Aufgaben zu, sagte der Minister. Sie sollten konkret in die Familien gehen – „aufsuchende Sozialarbeit“ heißt das im Fachjargon – um in der Krise „abgetauchte“ Kinder zurückzuholen.

► 5 Millionen Euro für Schulpsychologen

Die Schulpsychologie soll deutlich aufgestockt werden, zum einen um 36 zusätzliche befristete Stellen, zum anderen um ein Budget für die Schulen in Höhe von insgesamt 54 Vollzeitstellen. Die Schulen können damit Supervisions- und Coachingangebote buchen, Beratungslehrer fortbilden und Lehrkräfte im Umgang mit Klassen in der Pandemie schulen lassen. Der Verband der Schulpsychologen hatte vor Kurzem die unzureichende personelle und techni-



Digitale Inhalte, Fortbildungen für Lehrer.

sche Ausstattung der bislang rund 80 Schulpsychologen gerügt.

► 14 Millionen Euro für digitale Lernprogramme und Lehrerfortbildung

Laut Tonne soll die Niedersächsische Bildungscloud für 14 Millionen Euro technisch weiterentwickelt und mit neuen Inhalten versehen werden, darunter einem digitalen Brockhaus, Vokabeltrainern, Deutsch-Lernprogramme und ein Mathematikprogramm. Weil digitale Programme ohne entsprechende Lehrerfortbildung nichts taugen, soll es auch in diesen Sommerferien weitere Angebote für Pädagogen geben. Im vergangenen Jahr hatten sich 11 000 Lehrer in den Sommerferien im digitalen Lernen und Lehren fit gemacht. In 2020 und 2021 wird es zusammen 170 000 Fortbildungsangebote geben. „Damit machen wir unser Versprechen wahr, dass jeder der knapp 90 000 Lehrer mindestens eine Fortbildung zum Unterricht mit digitalen Medien gemacht haben wird“, sagt Tonne.

► 20 Millionen Euro für Luftfilter in Klassenzimmern

Weil Kinder unter zwölf Jahren auf lange Sicht kein Impfangebot erhalten werden, die neue Corona-Variante Delta aber als extrem ansteckend gilt, will Kultusminister Tonne jetzt doch den Einbau von mobilen Luftfiltern, Fensterventilatoren und automatisierten kontrollierten Fensterlüftungen in den Klassenzimmern der Jahrgänge 1 bis 6 fördern. Das Land stellt 20 Millionen Euro bereit, damit könnte in jedem der rund 25 000 Klassenräume ein Luftfilter aufgestellt werden. Das Land trägt 80 Prozent der Kosten, den Rest übernehmen die Schulträger. Zudem bezuschusst der Bund den Einbau stationärer Lüftungsanlagen in Kitas und Schulen mit ebenfalls bis zu 80 Prozent.

► 25 Millionen Euro für Freizeitangebote

„Kinder und Jugendliche haben in den letzten Monaten nicht nur Schulstunden verpasst“, sagt Sozialministerin Behrens, „sie haben

auf ganz viele eigentlich selbstverständliche Dinge verzichten müssen.“ Sie brauchen dringend wieder Sport und die Begegnung mit Gleichaltrigen. Mit einem Elf-Punkte-Freizeit-Programm soll verhindert werden, dass die Pandemie lange nachwirkt und soziale Ungleichheiten festschreibt.



Schaffung von zusätzlichen Jugendplätzen.

Viele Eltern hatten moniert, dass ihre Kinder nicht schwimmen lernen könnten, die Schwimmschulen hatten berichtet, dass sie auf Jahre hinaus ausgebucht seien. Das Land will jetzt Schwimmkurse für Kinder mit 5 Millionen Euro fördern. Da für Jugendliche oft öffentliche Treffpunkte

fehlen, investiert das Land 4 Millionen Euro in die Schaffung von Jugendplätzen. Das können etwa ungenutzte Spielplätze sein. 5 Millionen Euro stehen für Sport- und Bewegungscamps bereit, 4 Millionen für Kunst, Kultur und Kreativität. Sprachcamps für Migrantenkinder werden mit 2,2 Millionen Euro bezuschusst, die Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit mit 2,5 Millionen Euro.

Das Ehrenamt in der Kinder- und Jugendhilfe soll mit einer Million Euro gefördert werden, Kinder- und Jugendfeste mit einem Zuschuss von 600 000 Euro, internationale Jugendarbeit erhält eine Fördersumme von 300 000 Euro, mit 250 000 Euro soll ein Innovationswettbewerb für offene Kinder- und Jugendarbeit unterstützt werden. Für die Unterstützung von Familien in konkreten Notlagen wird ein Fonds über 150 000 Euro eingerichtet.

Tägliche Schnelltests für Schüler geplant

Mindestens bis Ende September, vermutlich aber noch deutlich länger, will Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) an den verbindlichen Schnelltests für Schüler und Schulbeschäftigte festhalten. Vermutlich werde im neuen Schuljahr nicht nur

zweimal pro Woche, sondern wegen der besonders ansteckenden Delta-Variante vielleicht sogar täglich getestet, sagte Tonne. Zugleich könnten Eltern, die ihre Kinder nicht testen lassen wollten, diese weiterhin vom Präsenzunterricht befreien lassen.

Gegenwärtig verweigern rund 2,5 Prozent der Schüler die Tests und lernen zu Hause. Psychologen befürchten, dass Kinder, die seit anderthalb Jahren nur für Arbeiten die Schule betreten, schwer wieder in den Klassenverband zu integrieren sind. Virologen hatten jüngst ge-

fordert, auf sogenannte Lollitests umzustellen. Dem erteilte Tonne eine Absage. Denn zum einen müssten diese Tests in der Schule gemacht werden, was Pädagogen klar abgelehnt hatten. Zum anderen würden dann ungetestete Menschen die Schule betreten. d6

Angeklagter leugnet Tötung von Verlobter

„Sie hat sich das Messer in den Hals gestochen“

Sechs Minuten und 14 Sekunden dauert der Notruf von Sven S. (50). Viermal sagt er wimmernd und heulend: „Ich habe meine Frau erstochen.“ Das war am 7. Januar 2021 in der Tonstraße (Linden-Stüd) zwischen 22.11 und 22.17 Uhr. Gestern begann der Prozess wegen Totschlags gegen den arbeitslosen Mann.

Und der Angeklagte hat sein Geständnis widerrufen. Unmittelbar vor der Tat will er auf Toilette gegangen sein. „Durch die offene Schlafzimmertür habe ich gesehen, wie sie sich das Messer in den Hals gestochen hat“, erklärte Sven S. Eine Erklärung für den vermeintlichen Suizid konnte er nicht geben.

Nur so viel: „Meine Verlobte hatte sehr viel Druck.“ Sie habe ihren Führerschein Ende 2019 und infolgedessen auch ihren Beruf als Fahrerin von Kindern und Schwerbehinderten verloren. Ihre Wohnung sei zum 31. März gekündigt worden. Wegen der Einnahme von Antidepressiva und Beruhigungsmitteln sei ihre Medizinisch-Psychologische Untersuchung verschoben worden.

Noch um 21.24 Uhr hatte die Frau ihrer Tochter eine Sprachnachricht geschickt: „Ich habe Dich ganz doll lieb. Dicken Kuss, schlaf schön.“ Rammt sich so jemand kurze Zeit später ein Küchenmesser in den Hals? Eine MHH-Rechtsmedizinerin (32) stellte keine für Suizide typischen „Zauderschnitte“ fest. Auch andere Selbstverletzungen wies das Opfer nicht auf. Zu dem fünf Zentimeter tiefen Stich meinte sie: „Das spricht für eine gewisse Heftigkeit.“

Zur Tatzeit hatte Sven S. mehr als 2 Promille Alkohol im Blut. Während des Notrufs merkt man ihm das nicht an. Der Polizist fragte den Angeklagten: „Haben sie gestritten?“. Die Antwort: „Nein.“ Stattdessen hört man minutenlang die Stimme eines verzweifelten Mannes. Als der Angeklagte im Saal 127 des Landgerichts Hannover den Notruf hört, hat er einen hochroten Kopf.

Eigentlich wollte das Paar am 11. Januar heiraten. Corona ließ die Hochzeitspläne platzen. Die beiden kannten sich seit zehn Jahren, waren seit dreieinhalb Jahren ein Paar. Sven S. galt als der ruhigere von beiden. Seine Verlobte konnte unter Alkoholeinfluss offenbar aufbrausend sein. Zur Tatzeit hatte sie 2,85 Promille im Blut. So habe sie sich mit einer Nachbarin angelegt, erzählt der Angeklagte. Die Nachbarin beschwerte sich bei der Hausverwaltung. Da das Paar mit einer Mietsache im Rückstand gewesen sei, sei die Kündigung erfolgt. ton

Einlass nur mit Online-Ticket / Reservierung!

Bitte aktuelle Zutrittsbedingungen beachten!



www.rasti-land.de

Freizeit- und Erlebnispark Rasti-Land Salzhemmendorf-Benstorf GmbH

Quanthofer Straße 9 | 31020 Salzhemmendorf

05153-94070